K-5-2793 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 03.02.2021

## Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 70 bis 75:
Reihen schonungslos aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. ~~Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.~~Gewalt und Extremismus haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politisches Diskurs. Rechtsextremismus ist dabei offensichtlich die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit in Deutschland und Berlin. Ihm muss mit einer antirassistischen und antifaschistischen Haltung klar entgegengetreten werden. Rassismus, der von rechtsextremistischen Netzwerken und Verfassungsfeind*innen in den und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der geistige Nährboden für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Es braucht einheitliche und zielführende Ermittlungs- und Beobachtungsstrategien und ein funktionierendes Frühwarnsystem. Gerade mit den Entwicklungen zunehmender Radikalisierungstendenzen und „home-grown“-Terror muss früher angesetzt werden.